

Bartl, Walter

Wie wirtschaften eigentlich „wirtschaftende Verbände“? Bevölkerung als Schema kommunalpolitischer Strukturentscheidungen

Walter Bartl, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Institut für Soziologie

walter.bartl@soziologie.uni-halle.de

Sektionsveranstaltung: Wirtschaft und Gesellschaft

Abstract-Text: Historisch hat das Bevölkerungswachstum in Städten und Gemeinden in Deutschland zu einem nahezu kontinuierlichen Ausbau der Leistungsverwaltung geführt. Aus der Perspektive unterschiedlicher Theorien erscheint diese expansive Entwicklung fast zwangsläufig. Wenn Kommunen, als „wirtschaftende Verbände“ jedoch auch wirtschaftlich entscheiden, so müssten rückläufige Bevölkerungszahlen umgekehrt zu einem planvollen Rückbau der Leistungsverwaltung führen. Der seit einigen Jahren zu beobachtende Bevölkerungsrückgang in schrumpfenden Städten und Gemeinden stellt demnach einen Testfall für die Wirtschaftlichkeit kommunaler Strukturentscheidungen dar. Wie aber wirtschaften „wirtschaftende Verbände“ heute, wenn es konstitutiv für sie ist, dass sie sich nicht an den ökonomischen Chancen der Marktwirtschaft orientieren können?

Der Vortrag basiert methodisch auf Experteninterviews, die erlauben, die „subjektiv erkannte Notwendigkeit der wirtschaftlichen Vorsorge“ (Weber 1980 [1922]: 31) zu überprüfen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die politische Konditionierung kommunaler Strukturentscheidungen anhand des Bevölkerungsschemas dazu beiträgt, dass Gemeinden sich auch an Bevölkerungsschrumpfung orientieren. Insbesondere im institutionellen Kontext Deutschlands dient das Schema Bevölkerung dazu, Strukturentscheidungen politisch zu regulieren. Der Vergleich von Ostdeutschland, Westdeutschland und Polen zeigt jedoch auch die Kontingenz der bedarfswirtschaftlichen Orientierung von Kommunen. Während es in Ostdeutschland seit den 1990er Jahren zu einem signifikanten Rückbau der Leistungsverwaltung in schrumpfenden Kommunen kommt, dominieren in schrumpfenden Kommunen in Westdeutschland und Polen expansive Tendenzen insbesondere in den Bereichen der Kinderbetreuung und Bildung.

Somit zeigt sich, dass „wirtschaftende Verbände“ der Politik nur dann wirtschaftlich entscheiden, wenn die verfügbaren Mittel existenziell knapp sind, wie in Ostdeutschland aufgrund der finanziellen Erblast der Wiedervereinigung. Nicht jedoch, wenn übergeordnete politische Ebenen ihre Bereitschaft signalisieren, auch eine kreditbasierte Inflation des Mediums Macht mitzutragen. Darin kommt nicht zuletzt zum Ausdruck, dass trotz der Beobachtung von Ökonomisierungstendenzen der Gesellschaft nach wie vor ein signifikanter Unterschied besteht zwischen „autokephalen Wirtschaftsverbänden“ einerseits und „wirtschaftenden Verbänden“ andererseits (vgl. Weber 1980: 37 f.).

Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*,
Tübingen: Mohr